Deutscher Bundestag
12. Wahlperiode

Drucksache 12/2726

03. 06. 92

Antrag

der Abgeordneten Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dr. Winfried Pinger, Klaus-Jürgen Hedrich, Dr. Karl-Heinz Hornhues, Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg), Anneliese Augustin, Jürgen Augustinowitz, Wolfgang Dehnel, Jochen Feilcke, Karin Jeltsch, Michael Jung (Limburg), Ursula Männle, Dr. Christian Ruck, Ulrich Schmalz, Andreas Schmidt (Mülheim), Christian Schmidt (Fürth), Otto Regenspurger, Joachim Graf von Schönburg-Glauchau, Dr. Harald Schreiber, Wolfgang Vogt (Düren), Michael Wonneberger, Volker Kauder, Erika Reinhardt, Heribert Scharrenbroich, Dr. Renate Hellwig, Dietrich Austermann, Heinz-Günter Bargfrede, Richard Bayha, Meinrad Belle, Dr. Sabine Bergmann-Pohl, Dr. Joseph-Theodor Blank, Renate Blank, Wilfried Böhm (Melsungen), Dr. Maria Böhmer, Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Paul Breuer, Klaus Bühler (Bruchsal), Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Albert Deß, Maria Eichhorn, Dr. Karl H. Fell, Herbert Frankenhauser, Erich G. Fritz, Hans-Joachim Fuchtel, Peter Götz, Claus-Peter Grotz, Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein, Klaus Harries, Udo Haschke (Jena), Manfred Heise, Dr. h. c. Adolf Herkenrath, Ernst Hinsken, Josef Hollerith, Dr. Dionys Jobst, Dr.-Ing. Rainer Jork, Steffen Kampeter, Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Dr. Franz-Hermann Kappes, Franz Heinrich Krey, Dr.-Ing. Paul Krüger, Dr. Ursula Lehr, Christian Lenzer, Editha Limbach, Dr. Manfred Lischewski, Dr. Dietrich Mahlo, Claire Marienfeld, Erwin Marschewski, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn), Wolfgang Meckelburg, Dr. Hedda Meseke, Maria Michalk, Alfons Müller (Wesseling), Johannes Nitsch, Friedhelm Ost, Ulrich Petzold, Rosemarie Priebus, Dr. Bertold Reinartz, Franz Romer, Kurt J. Rossmanith, Helmut Sauer (Salzgitter), Ortrun Schätzle, Heinz Schemken, Trudi Schmidt (Spiesen), Wolfgang Schulhoff, Gerhard Schulz (Leipzig), Dr. Hermann Schwörer, Wilfried Seibel, Dr. Hans-Joachim Sopart, Bärbel Sothmann, Karl-Heinz Spilker, Erika Steinbach-Hermann, Dr. Hans Stercken, Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten, Karl Stockhausen, Egon Susset, Dr. Klaus-Dieter Uelhoff, Herbert Werner (Ulm), Wolfgang Zöller und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Ulrich Irmer, Günther Bredehorn, Jörg van Essen, Dr. Olaf Feldmann, Jörg Ganschow, Dr. Helmut Haussmann, Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Arno Schmidt (Dresden), Gerhard Schüßler, Dr. Sigrid Semper, Dr. Cornelia von Teichman, Ingrid Walz, Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen), Burkhard Zurheide, Dr. Bruno Menzel und der Fraktion der F.D.P.

Entwicklungspolitische Maßnahmen zur Minderung der Asyl- und Flüchtlingsprobleme

Im Zeichen steigender Flüchtlingszahlen und Asylanträge in der Bundesrepublik Deutschland und der damit verbundenen Diskus-

sionen stellt sich erneut die Frage nach dem entwicklungspolitischen Beitrag zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen.

Nach wie vor sind wirtschaftliche Unterentwicklung und Überbevölkerung, regionale Konflikte und Bürgerkriege, ökologische Katastrophen sowie Menschenrechtsverletzungen und Verfolgung für die starken Fluchtbewegungen auf der Welt verantwortlich.

Der überwiegende Teil der Flüchtlinge flieht heute aus Entwicklungsländern in andere Staaten des Südens, was zu einer weiteren Verschärfung der ohnehin schwierigen Situation in diesen Flüchtlingsaufnahmeländern führt. Diese Tatsache muß nun ergänzt werden durch die Feststellung, daß der Zusammenbruch des Sozialismus in der Sowjetunion und in Osteuropa mit dem Verschwinden des Eisernen Vorhanges sowie der Mauer in Berlin zu erheblichen Migrationen in Ost-West-Richtung geführt hat und weiter führen wird. Hauptherkunftsländer der Wanderungsbewegungen aus dem Kreis der früheren sozialistischen Staaten sind gegenwärtig Rumänien, Bulgarien und Albanien, während sich die Wanderungsbewegungen aus den GUS-Staaten bislang in Grenzen halten. Die Problematik dieser Wanderungsbewegungen liegt darin, daß der eigentliche Grund für die Flucht aus den sich im demokratischen und marktwirtschaftlichen Reformprozeß befindlichen Staaten nicht in politischer Verfolgung, sondern in der großen Mehrheit der Fälle in der Suche nach besseren wirtschaftlichen Lebensbedingungen besteht. Hinzu kommt die gegenwärtige Bürgerkriegssituation in Jugoslawien, die den Druck einer verstärkten Migration nach Westeuropa noch erhöht.

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag unterstreicht nochmals die in seinem Beschluß vom 27. Januar 1989 „Der Beitrag zur Lösung von Weltflüchtlingsproblemen" (Drucksache 11/3455) genannten Forderungen. Dies gilt insbesondere für die Notwendigkeit, im Rahmen der deutschen Entwicklungspolitik verstärkt Beiträge zu leisten zur

1.1 Verminderung von Fluchtursachen;

1.2 Entlastung von Flüchtlingsaufnahmeländern in den Nachbarregionen der Fluchtursprungsländer;

1.3 Förderung der Rückkehr von Flüchtlingen nach Beendigung der Fluchtursprungssituationen auch durch Maßnahmen zur Vorbereitung der Flüchtlinge in der Bundesrepublik Deutschlnd auf Rückführung, Weiterwanderung oder Einsatz in anderen Entwicklungsländern;

1.4 Sicherstellung einer wirksamen Koordinierung flüchtlingsrelevanter Maßnahmen, vor allem in Zusammenarbeit mit UNHCR.

2. Der Deutsche Bundestag erkennt an, daß die Bundesregierung mit ihrer Flüchtlingskonzeption Ansätze für eine ressortübergreifende Politik entwickelt hat. Er stellt gleichzeitig fest, daß dieses Rahmenkonzept in den einzelnen Politikbereichen

— Auswärtige Politik,
— Wirtschafts- und Sozialpolitik,
— Entwicklungspolitik und
— Asylpolitik

einer weitergehenden Ausfüllung bedarf. Die Entwicklung von Lebensperspektiven in den Heimatländern der Flüchtlinge muß dabei den entscheidenden Ansatzpunkt für eine langfristige Lösung der Flüchtlingsproblematik bilden.

3. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, durch Fortschreibung der Flüchtlingskonzeption der Bundesrepublik Deutschland bestehende Defizite zu beseitigen und damit den Gründen der weltweiten Fluchtbewegungen und den Möglichkeiten ihrer Beseitigung besser Rechnung zu tragen. Dies erfordert vor allem:

3.1 Unterstützung der gesellschaftlichen und ökonomischen Reformprozesse in den Staaten Mittel- und Osteuropas sowie in den traditionellen Entwicklungsländern des Südens durch Wirtschaftshilfe und eine Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit; einen wichtigen Ansatzpunkt stellt hierbei die Intensivierung der gesellschaftspolitischen Zusammenarbeit sowie des politischen Dialogs in den Bereichen Menschenrechte und demokratische und rechtsstaatliche Reformen dar, die ihrerseits eine belebende Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben können;

3.2 Fortentwicklung der bestehenden entwicklungspolitischen Instrumente zur Begrenzung von Wanderungsbewegungen;

3.3 Verbesserung der internationalen Handelsbeziehungen und Marktzugangschancen insbesondere für Entwicklungsländer durch einen erfolgreichen Abschluß der Verhandlungsrunde des GATT;

3.4 Fortsetzung der internationalen Bemühungen zur Lösung der weltweiten Verschuldungsprobleme durch eine zügige Umsetzung aller Elemente der weiterentwickelten, einzelfallgerechten Schuldenstrategie;

3.5 Harmonisierung des Asylrechts innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sowie eine größtmögliche Beschleunigung des Asylverfahrens und Verbesserung der Verwaltungspraxis bei der Abschiebung nichtanerkannter Asylbewerber im Interesse einer Verminderung des Sogeffektes;

3.6 Verwirklichung einer gemeinsamen europäischen Migrationspolitik, die u. a. auch die zeitlich befristeten Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse von Nicht-EG-Ausländern in der Europäischen Gemeinschaft regelt.

4. Der Deutsche Bundestag fordert darüber hinaus im Hinblick auf die aktuelle Situation, sich bietende Rückkehrmöglichkeiten für Flüchtlinge rascher zu nutzen. In einigen Fluchtursprungsländern wie z. B. Äthiopien ist inzwischen der Bürgerkrieg beendet worden. Die Flüchtlinge von damals werden dringend für den Wiederaufbau in ihren Heimatländern benötigt.

Es muß nunmehr

4.1 umgehend mit den Kräften, die den Wiederaufbau planen, Verbindung aufgenommen werden hinsichtlich der Rückführung,

4.2 bei hier weilenden Flüchtlingen der Rückkehrwille erkundet werden,

4.3 Hilfe für die Rückführung und einen sinnvollen Start im Heimatland angeboten werden,

4.4 dafür gesorgt werden, daß bestehende Ausbildungsverhältnisse zu Ende geführt werden, um bei Rückkehr einen sinnvollen Einsatz zu gewährleisten,

4.5 insbesondere zur Förderung der Rückkehr mit der Realisierung neuer flüchtlingsbezogener Projekte begonnen werden, die an die Situation der Zielgruppe und die besonderen Bedingungen des Ziellandes angepaßt sind.

5. Der Deutsche Bundestag stellt ferner fest:

5.1 Es sollte geprüft werden, ob Flüchtlinge nicht in Nachbarstaaten ihres Herkunftsstaates oder an Orten in der Herkunftsregion untergebracht werden können, an denen sie nicht verfolgt, bedroht oder in wirtschaftliche Not gestürzt werden.

5.2 Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf, sich um die Schaffung solcher vorübergehender Zufluchtsorte zu bemühen und die betreffenden Staaten durch eine verstärkte entwicklungspolitische Zusammenarbeit zu unterstützen; dabei ist zu beachten, daß die meisten Flüchtlinge Frauen und Kinder sind, für die Lebensperspektiven während eines Lageraufenthaltes und nach Rückkehr in ihre Heimatländer entwickelt werden müssen.

5.3 Beim Angebot individueller materieller Rückkehranreize sollte durch eine zweckmäßige Ausgestaltung der Vergabebedingungen sichergestellt werden, daß diese Anreize im Herkunftsland nicht zu einer Sogwirkung führen.

5.4 Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten Europas und Nordamerikas bei der Entwicklung solcher umfassender und in geeigneten Fällen ländergerichteter Strategien, etwa im Rahmen internationaler Konsultationen, sollte forciert werden.

5.5 Die Anwendung von Instrumenten der humanitären Hilfe für Flüchtlinge und der langfristig orientierten Entwicklungszusammenarbeit sollte sorgfältig aufeinander abgestimmt werden.

6. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung ferner auf, gegenüber denjenigen Ländern Ost- und Südosteuropas, aus denen starke Fluchtbewegungen bestimmter Bevölkerungsgruppen stattfinden, auf die Respektierung der Rechte und den Schutz von nationalen Minderheiten unter Beachtung der Ergebnisse des KSZE-Prozesses hinzuwirken.

Bonn, den 2. Juni 1992

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dr. Winfried Pinger
Klaus-Jürgen Hedrich
Dr. Karl-Heinz Hornhues
Dr. Volkmar Köhler (Wolfsburg)
Anneliese Augustin
Jürgen Augustinowitz
Wolfgang Dehnel
Jochen Feilcke
Karin Jeltsch
Michael Jung (Limburg)
Ursula Männle
Dr. Christian Ruck
Ulrich Schmalz
Andreas Schmidt (Mülheim)
Christian Schmidt (Fürth)
Otto Regenspurger
Joachim Graf von Schönburg-Glauchau
Dr. Harald Schreiber
Wolfgang Vogt (Düren)
Michael Wonneberger
Volker Kauder
Erika Reinhardt
Heribert Scharrenbroich
Dr. Renate Hellwig
Dietrich Austermann
Heinz-Günter Bargfrede
Richard Bayha
Meinrad Belle
Dr. Sabine Bergmann-Pohl
Dr. Joseph-Theodor Blank
Renate Blank
Wilfried Böhm (Melsungen)
Dr. Maria Böhmer
Wolfgang Börnsen (Bönstrup)
Paul Breuer
Klaus Bühler (Bruchsal)
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Albert Deß
Maria Eichhorn
Dr. Karl H. Fell
Herbert Frankenhauser
Erich G. Fritz
Hans-Joachim Fuchtel
Peter Götz
Claus-Peter Grotz
Carl-Detlev Freiherr von Hammerstein
Klaus Harries
Udo Haschke (Jena)
Manfred Heise
Dr. h. c. Adolf Herkenrath
Ernst Hinsken
Josef Hollerith
Dr. Dionys Jobst
Dr.-Ing. Rainer Jork
Steffen Kampeter
Dr.-Ing. Dietmar Kansy
Dr. Franz-Hermann Kappes
Franz Heinrich Krey
Dr.-Ing. Paul Krüger
Dr. Ursula Lehr
Christian Lenzer
Editha Limbach
Dr. Manfred Lischewski
Dr. Dietrich Mahlo
Claire Marienfeld
Erwin Marschewski
Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)
Wolfgang Meckelburg
Dr. Hedda Meseke
Maria Michalk
Alfons Müller (Wesseling)
Johannes Nitsch
Friedhelm Ost
Ulrich Petzold
Rosemarie Priebus
Dr. Bertold Reinartz
Franz Romer
Kurt J. Rossmanith
Helmut Sauer (Salzgitter)
Ortrun Schätzle
Heinz Schemken
Trudi Schmidt (Spiesen)
Wolfgang Schulhoff
Gerhard Schulz (Leipzig)
Dr. Hermann Schwörer
Wilfried Seibel
Dr. Hans-Joachim Sopart
Bärbel Sothmann
Karl-Heinz Spilker
Erika Steinbach-Hermann
Dr. Hans Stercken
Dr. Wolfgang Freiherr von Stetten
Karl Stockhausen
Egon Susset
Dr. Klaus-Dieter Uelhoff
Herbert Werner (Ulm)
Wolfgang Zöller
Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Ulrich Irmer
Günther Bredehorn
Jörg van Essen
Dr. Olaf Feldmann
Jörg Ganschow
Dr. Helmut Haussmann
Dr. Werner Hoyer
Jürgen Koppelin

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Arno Schmidt (Dresden)
Gerhard Schüßler
Dr. Sigrid Semper
Dr. Cornelia von Teichman
Ingrid Walz
Dr. Wolfgang Weng (Gerlingen)
Burkhard Zurheide
Dr. Bruno Menzel
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333